

Mitgliederrundbrief Nr. 4



Dezember 2006

Liebe Freundinnen und Freunde,

in diesem Jahr hat sich bei der Endlagersuche in der Schweiz viel getan. Der Entsorgungsnachweis, also die Feststellung, dass sich Opalinuston grundsätzlich als Endlagerort für hochradioaktiven Atommüll eignet, wurde von der Berner Regierung akzeptiert. Gleichzeitig wurde das weitere Verfahren grundsätzlich geändert. Dabei wurden viele Forderungen der „Oposition“ berücksichtigt. Über diese Punkte wollen wir Sie in diesem Mitgliederrundbrief unterrichten.

Es grüßt Sie der
KLAR!-Vorstand

Aktivitäten im Jahr 2006:

Wir haben uns zu fünf Vorstandssitzungen getroffen. Dazu kamen Sitzungen mit dem Vorstand von KLAR! Schweiz, um Erfahrungen und Informationen auszutauschen. Ausserdem hatten wir zu einer unserer Vorstandssitzungen auch MdB Andreas Jung (CDU) eingeladen. Erfreulich war für uns, aber auch nicht ganz neu, dass er in Bezug auf die Endlagerproblematik auf unserer Seite steht und gegen ein Endlager in Benken ist. Jedoch hält er, nach guter CDU Manier, den Atomausstieg für nicht sinnvoll, sondern spricht sich für eine Laufzeitverlängerung der vorhandenen Kraftwerke aus. Im November hatten wir eine Sitzung mit MdB Peter Friedrich. Aus diesem Gespräch ergaben sich vielfältige Anknüpfungspunkte für eine Zusammenarbeit.

Wir waren auch auf der Jahreshauptversammlung von KLAR! Schweiz vertreten. Hier wurde ein interessanter Vortrag über Veränderungen bei Wanzen im Bereich von Atomkraftwerken gehalten. Gemäss dieser Laienuntersuchung kann man im „Windschatten“ von Atomkraftwerken merkliche Veränderungen im Körperbau von Wanzen feststellen. Leider sind diese Beobachtungen bisher nicht von offiziellen Stellen aufgegriffen und wissenschaftlich untersucht worden.

In diesem Jahr haben wir wieder Info-Stände in Singen, Engen und Konstanz aufgebaut, um die

BürgerInnen über die aktuellen Entwicklungen in Sachen Endlagersuche zu informieren. Ganz im Zeichen von 20 Jahren Reaktorkatastrophe Tschernobyl, hatten wir zu diesem Jahrestag in Singen einen Infostand mit Sandkasten aufgebaut, der abgesperrt war wegen „radioaktiver Verseuchung“, so wie es vor 20 Jahren hier traurige Realität war. Ebenso hatten wir einen leeren Gemüsestand dabei. Leer deshalb, weil das ganze Gemüse untergepflügt worden war – ebenfalls zur Erinnerung an die Situation vor 20 Jahren. Wir verteilten mehrere hundert Luftballons, die mit Helium gefüllt und mit einer Rückkarte versehen waren. Wir erhielten somit Karten die uns anzeigten, wie weit die Ballons kamen – der weiteste fast bis München. Radioaktiver Staub hätte sicherlich eine noch grössere Reichweite!

Die Veranstaltung von KLAR! Schweiz mit dem Fachmann für Sicherheitsfragen bei atomaren Anlagen John Large, die im April in Schaffhausen abgehalten wurde, ergab leider nicht viel Neues zu dem, was er bereits ca. ein Jahr vorher aufgedeckt hatte.

Momentan sind die Untersuchungen alternativer Standorte und die Erstellung eines sogenannten Sachplans die aktuellen Themen. Zum Thema Sachplan lesen Sie noch mehr in diesem Brief. Ausserdem werden sich daraus auch wieder Aktivitäten ergeben, wenn es um Stellungnahmen und Einwendungen bzw. Ergänzungen geht.

Sachplan

Die Schweiz hat mit ihrem neuen Kernenergiegesetz im letzten Jahr beschlossen, die Bestimmung von Endlagerstandorten für radioaktiven Abfall mittels dem neuen Raumordnungsverfahren `Sachplan für ein geologisches Tiefenlager in der Schweiz` unter Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung, auch in den Nachbarstaaten, durchzuführen.

Der erste Entwurf des `Konzeptteils` dieses Sachplans erschien im März 2006 und der zweite Entwurf im Juni 2006. Da in diesem Verfahren auch die Nachbarstaaten der Schweiz ausdrücklich zur Mitwirkung angesprochen werden, hat schon 2005 das Bundes-Umwelt-Ministerium eine deutsche Begleitkommission (BEKO) einberufen, in der jeweils eine Person aus Umweltministerium BW, Rheinland-Pfalz, Landkreise Schwarzwald-Baar, Konstanz, Waldshut, den politischen Parteien und Umweltverbänden benannt wurden. Auch sitzt ein Vertreter von KLAR! DE in dieser Kommission. Die BEKO hat inzwischen viermal getagt und vom Bundesumweltministerium eine Expertengruppe von 10 Professoren aus verschiedenen Fachdisziplinen als Berater zur Verfügung gestellt bekommen.

Bei den Beratungen über diese Sachplan-Entwürfe wurden in dieser BEKO diverse Unklarheiten erkannt und Ende August 2006 den Schweizer Behörden mitgeteilt, wie z.B.

- welche Rechtsposition hat die deutsche Mitwirkung an diesem Schweizer Sachplanverfahren?
- das ausschließliche Vorschlagsrecht der NAGRA für mögliche Standorte könnte parteilich sein?
- die Größe der betroffenen Region, in der die Bevölkerung in der Standortfindung durch Partizipation einbezogen werden soll, ist nicht konkret definiert?
- Die Kriterien sämtlicher im Sachplan-Verfahren genannter Abwägungs-Prozesse, wie z.B. geologische Gegebenheiten, Schutzziele, Sicherheit und technische Machbarkeit, sozioökonomische Erkenntnisse sowie das partizipatorische Verfahren unter Beteiligung der regionalen Bevölkerung, müssen schon im Voraus exakt, präzise und detailliert im Konzeptteil des Sachplans beschrieben und nicht, wie derzeit, nur unscharf angegeben werden.

Die Schweiz hatte vorgesehen bis Ende November 2006 unter Berücksichtigung der eingegangenen Anregungen einen dritten Entwurf dieses `Konzeptteils` des Sachplans der Öffentlichkeit vorzustellen, und bis Ende Februar 2007 eine öffentliche `Vernehmlassung`

durchzuführen, bei der **jede Person**, auch in den Nachbarstaaten, und Institutionen Stellungnahmen abgeben können. Falls diese Stellungnahmen gravierend sind, womit gerechnet wird, da ein solches Verfahren mit partizipatorischer Beteiligung der möglicherweise betroffenen Bevölkerung weltweit noch niemals durchgeführt wurde, wird eventuell Mitte 2007 ein vierter Entwurf dieses Konzeptteils vorgestellt. Am Ende dieses `Entwurf-Verfahrens` soll dann das Konzept zu diesem `Sachplan geologisches Tiefenlager` von der Schweizer Bundesregierung (Bundesrat) verabschiedet werden und danach das eigentliche Sachplanverfahren mit mehreren Standortvorschlägen für mögliche Endlager auf einer weißen Schweizer Karte beginnen.

Gedenken: 20 Jahre Tschernobyl

Am 25. und 26. April, jeweils 20 Uhr, veranstalten wir mit dem Singener Kommunalen Kino WEITWINKEL e.V. eine Filmvorführung zum 20. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Gezeigt wurde der Dokumentarfilm „Ljudmilas Stimme“ (Schweden 2001) von Gunar Bergdahl, der die Katastrophe und ihre Folgen aus der Sicht eines Opfers zum Thema rekonstruierte. Am 26. April hielt Josef Diebold, Vorsitzender von KLAR! DE zu den Ereignissen von 1986 und den Risiken der zivilen Atomenergietechnik zu Beginn des Films einen Vortrag. Außerdem waren wir natürlich mit unserem Infostand und reichlich Infomaterial im Foyer der Gems, wo die Veranstaltung stattfand, präsent. 113 Besucher haben den Film gesehen, was ich für eine stattliche Zahl halte. R.A.

An einem solchen Gedenktag muss auch der Opfer und der Menschen gedacht werden, die noch heute unter den Folgen zu leiden haben. Im Vorfeld des Jahrestages gab es interessierte Kreise, die versucht haben, die Opferzahlen klein zu rechnen. Einen aktuellen Stand über die aktuelle Situation gibt folgende Studie:

Studie von IPPNW und Gesellschaft für Strahlenschutz

Kurzfassung der Studie "Gesundheitliche Folgen von Tschernobyl - 20 Jahre nach der Reaktorkatastrophe"

Eine von der IPPNW und der Gesellschaft für Strahlenschutz am 6. April 2006 veröffentlichte Studie belegt das katastrophale Ausmaß des Reaktorunfalls in Tschernobyl vor 20 Jahren. Die Metaanalyse mit dem Titel "Gesundheitliche Folgen von Tschernobyl - 20 Jahre nach der Reaktorkatastrophe" stützt sich auf zahlreiche wissenschaftliche Arbei-

ten, Einschätzungen von Fachleuten und offizielle Angaben von Behörden. Im folgenden dokumentieren wir die Kurzfassung der Arbeit.

Die Katastrophe von Tschernobyl hat die Welt verändert. Millionen Menschen wurden über Nacht zu Opfern. Riesige Territorien wurden unbewohnbar. Die radioaktive Wolke zog um die ganze Erde. In den Köpfen zahlloser Menschen wuchs die Erkenntnis von den Gefahren der Kernenergienutzung. Selbst in Deutschland erkrankten und starben Menschen aufgrund der mit der Nahrung und mit der Atemluft in den Körper aufgenommenen Strahlenquellen.

Die Analyse der Tschernobylfolgen wird durch eine Vielzahl sehr unterschiedlicher Sachverhalte erschwert: Wesentliche Daten zum Ablauf der Tschernobyl-Katastrophe und zu den gesundheitlichen Folgen sind nicht frei zugänglich. Sie unterliegen in Ost und West der Geheimhaltung. Die Ermittlung der Strahlenbelastungen der Liquidatoren (Aufräumarbeiter) und der Bevölkerung überforderte die zuständigen Strukturen. Es gab erhebliche Wanderungsbewegungen aus den mit Radioaktivität belasteten Gebieten in weniger belastete, die heute nur unvollständig rekonstruierbar sind. Kontaminierte Nahrungsmittel wurden in sauberen Gebieten verteilt und saubere Nahrungsmittel in die kontaminierten Regionen transportiert. Damit werden Vergleiche zwischen belasteten und unbelasteten Regionen fragwürdig. Außerdem hat sich die Altersstruktur der drei hauptsächlich betroffenen Staaten der Tschernobyl-Region stark verändert. Das ist bei Vergleichen in der Krebs- und Erkrankungsstatistik nicht einfach zu berücksichtigen.

Stochastische Strahlenschäden sind methodisch schwer nachzuweisen. Große epidemiologische Untersuchungen sind sehr teuer und nur mit staatlicher Unterstützung möglich. Doch sowohl die Regierungen in Russland, Belarusland (Weißrussland) und der Ukraine als auch die der Atomkraftwerke betreibenden Staaten des Westens und auch die relevanten Organisationen der Vereinten Nationen (Internationale Atomenergie Organisation IAEA und Weltgesundheitsorganisation WHO) haben kein Interesse an einer umfassenden und öffentlich überprüfbaren Erforschung der Tschernobyl-Folgen. Hinzu kommt, dass aufgrund der Sprachbarriere viele wichtige, in russischer Sprache publizierte Studien in der westlichen Fachwelt nicht gelesen und berücksichtigt werden. In der vorliegenden Arbeit wurden Studien ausgewertet, die plausible Hinweise auf Gesundheitsschäden infolge der Katastrophe von Tschernobyl enthalten. Die Autoren der vor-

liegenden Arbeit legten Wert auf die Auswahl von methodisch saubereren und prinzipiell nachvollziehbaren Analysen. Aufgrund der genannten methodischen Schwierigkeiten geht es in der vorliegenden Arbeit jedoch nicht darum, den offenkundig falschen Zahlen der Internationalen Atomenergie Organisation die „richtigen“ Zahlen gegenüberzustellen, weil es diese aus methodischen Gründen niemals geben wird. Sie kann nur Anhaltspunkte dafür liefern, mit welcher Vielfalt von Gesundheitsschäden wir uns befassen müssen und mit welchen Größenordnungen man es zu tun hat, wenn man von den gesundheitlichen Folgen von Tschernobyl spricht.

Russischen Angaben zufolge sind über 90 Prozent der **Liquidatoren** Invaliden (krank und arbeitsunfähig). Überträgt man das auf die Gesamtzahl der Liquidatoren (600tsd bis 1 Mio), dann muss man mit 540tsd bis 900tsd Invaliden alleine aus dieser Menschengruppe rechnen. Liquidatoren altern vorzeitig. Sie erkrankten überdurchschnittlich oft an verschiedenen Krebserkrankungen, an Leukämie, an somatischen und psychischen Erkrankungen, ein sehr hoher Anteil hat Katarakte. Aufgrund der langen Latenzzeiten wird für die kommenden Jahre noch eine erhebliche Zunahme der Krebserkrankungen erwartet.

Prof. Lengfelder kommt zu der Einschätzung, dass bis zum Jahr 2006 50tsd bis 100tsd Liquidatoren gestorben sind. Die Erbgutveränderungen bei deren Kindern und Menschen, die in belasteten Gebieten leben, werden zu einer Belastung künftiger Generationen führen, deren Umfang man überhaupt noch nicht abschätzen kann.

Die **Säuglingssterblichkeit** (Perinatalsterblichkeit) hat in mehreren europäischen Ländern nach Tschernobyl zugenommen. Die vorliegenden Studien ergeben für Europa Tschernobyl-bedingte Todesfälle unter Säuglingen in der Größenordnung von 5tsd.

Auch genetische und teratogene Schäden haben in mehreren Ländern Europas signifikant zugenommen. Es ist zu befürchten, dass es in Europa strahlenbedingt zu mehr als 10tsd schwerwiegenden **Fehlbildungen** kam. Die Dunkelziffer ist hoch, wenn man berücksichtigt, dass sogar die IAEA zu der Einschätzung kam, dass es in Westeuropa 100.000 bis 200.000 Abtreibungen wegen der Tschernobylkatastrophe gab.

In Belarusland erkrankten seit der Katastrophe über 10tsd Menschen an **Schilddrüsenkrebs**. Einer WHO-Prognose zufolge werden allein im belorussischen Gebiet Gomel mehr als 50tsd

Kinder im Laufe ihres Lebens Schilddrüsenkrebs bekommen. In allen Altersgruppen zusammengekommen wird man dann mit etwa 100tsd Schilddrüsenkrebsfällen in dem Gebiet Gomel rechnen müssen. Insgesamt wird die Zahl der bisher durch Tschernobyl bedingten Schilddrüsenkrebsfälle in Europa (außer frühere Sowjetunion) zwischen 10tsd und 20tsd liegen.

In höher belasteten Gebieten Süddeutschlands gab es eine signifikante Häufung eines sehr seltenen Tumors bei Kindern, des so genannten Neuroblastoms.

Zu signifikanten Anstiegen der Leukämieerkrankungen kam es in Deutschland, in Griechenland, in Schottland und in Rumänien.

Allein in den Falloutgebieten Nordschweden kam es bis 1996 zu 849 zusätzlichen Krebserkrankungen. Es ist zu befürchten, dass sich die sonstigen Krebs und Leukämieerkrankungen nach Tschernobyl auf mehrere Zehntausend belaufen.

Weitgehend unbeachtet von den offiziellen Stellen im Westen kam es in den besonders stark belasteten Regionen zu einem steilen Anstieg verschiedenster **somatischer und psychischer Erkrankungen**. In einer vom Tschernobylministerium der Ukraine publizierten Arbeit wurde in der Ukraine eine Vervielfachung der Erkrankungen des Endokrinen Systems (25fach von 1987 bis 1992), des Nervensystems (6fach), des Kreislaufsystems (44fach), der Verdauungsorgane (60fach), des Haut und Unterhautgewebes (50fach), des Knochen-Muskel-Systems und der Psychischen Störungen (53fach) registriert. Unter den Evakuierten sank der Anteil der gesunden Menschen von 1987 bis 1996 von 59 Prozent auf 18 Prozent, unter den Einwohnern in den belasteten Gebieten von 52 Prozent auf 21 Prozent und unter den Kindern betroffener Eltern sank er von 81 Prozent auf 30 Prozent.

Seit mehreren Jahren wird berichtet, dass Diabetes Typ I (Zuckerkrankheit mit Insulinmangel) bei Kindern und Jugendlichen stark zugenommen hat.

Zahlenmäßig überwiegen diese Erkrankungen die spektakulären Leukämie- und Krebserkrankungen bei weitem.

Bei den im September 2005 vom "Tschernobylforum der Vereinten Nationen" unter Federführung der IAEA und der WHO vorgelegten Arbeitsergebnissen zu den Folgen von Tschernobyl lassen sich gravierende Unstimmigkeiten nachweisen. Ein Beispiel: In den Presseerklärungen von WHO

und IAEA wird erklärt, dass künftig höchstens 4tsd zusätzliche Krebs- und Leukämietote unter den am meisten belasteten Menschengruppen zu befürchten wären. Im zugrunde liegenden Bericht der WHO für das Tschernobylforum geht es jedoch tatsächlich um 8.930 künftige Tote, die kommen aber in keinem Zeitungsbericht vor. Überprüft man die im WHO-Bericht zu dieser Frage angegebene Literaturquelle, so ergeben sich aus dieser Quelle sogar 10tsd bis 25tsd zusätzliche Krebs- und Leukämietote.

Vor diesem Hintergrund ist nüchtern festzustellen: Die offiziellen Verlautbarungen der **IAEA und der WHO manipulieren** sogar die eigenen Daten. Ihre Darstellungen der Folgen von Tschernobyl haben **mit der Realität wenig zu tun**.

Das Tschernobylforum berücksichtigt auch nicht, dass sogar UNSCEAR die Kollektivdosis (das übliche Maß für Strahlenschäden) für Europa außerhalb des Gebietes der ehemaligen Sowjetunion höher einschätzt als die entsprechenden Daten für die Tschernobylregion. Die Kollektivdosis infolge der Katastrophe verteilt sich zu 53 Prozent auf Europa außerhalb des Gebietes der ehemaligen Sowjetunion, 36 Prozent auf die betroffenen Gebiete der ehemaligen Sowjetunion, 8 Prozent auf Asien, 2 Prozent auf Afrika und 0,3 Prozent auf Amerika. Folgt man den Daten und der Denkweise von UNSCEAR und WHO, so ergeben sich 28.000 bis 69.000 Krebs- und Leukämietote infolge der Tschernobylkatastrophe weltweit. Würde man die Krebserkrankungen zählen, käme man zusätzlich auf deutlich höhere Zahlen.

Von Sebastian Pflugbeil, Henrik Paulitz, Angelika Claußen, Inge Schmitz-Feuerhake

IPPNW - In Deutschland nennen wir uns "IPPNW - Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung e.V."

www.ippnw.de

Gesellschaft für Strahlenschutz

www.gfstrahlenschutz.de

Bitte vormerken:

15. März 2007, Mitgliederversammlung.

Hierzu haben wir **Rebecca Harms** eingeladen.

Details folgen...

V.i.S.d.P.

KLAR! (Kein Leben mit atomaren Risiken e.V)

Postfach 932

78209 Singen

www.KLARgegenAtom.de